Vorlage an

Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am 11.11.2021

Satzungsänderung – Holzkontor Darmstadt-Dieburg-Offenbach AöR

Beschlussvorschlag:

1. Die Änderungen der Anstaltssatzung der „Holzkontor Darmstadt-Dieburg-Offenbach AöR“ werden beschlossen.

Die Änderungen beinhalten ausdrücklich die Aufnahme der Kommunen Bruchköbel, Hanau, Maintal, Offenbach am Main und Schöneck als neue Anstaltsträgerinnen sowie die entsprechende Anpassung der Stammkapitaleinlage.

Die Vermarktung von Rundholz für Dritte wird ermöglicht, sofern die Leistungserbringung am Gesamtumsatz der AöR nur einen untergeordneten Teil einnimmt.

2. Die Änderungen der Satzung umfassen die nachfolgenden Punkte:

1.

§ 3 Abs.2 erhält folgende Neufassung:

Für die Mitglieder der Organe der Anstalt mit Ausnahme der Bürgermeister/Bürgermeisterinnen/Oberbürgermeister/Oberbürgermeisterinnen und hauptamtlichen Beigeordneten gelten die Bestimmungen über ehrenamtlich Tätige nach §§ 21-27 HGO entsprechend.

2.

§ 4 Abs.4 erhält folgende Neufassung:

Der Vorstand vertritt die Anstalt nach außen. Der Stellvertreter des Vorstandsvorsitzenden ist der allgemeine Vertreter bei Verhinderung des Vorstandsvorsitzenden. Für die Vertretung der Anstalt findet § 71 Abs. 1 und Abs. 2 HGO sinngemäß Anwendung, wobei an die Stelle des Bürgermeisters der Vorstandsvorsitzende der Anstalt und an die Stelle des Mitglieds des Gemeindevorstandes ein Mitglied des Vorstandes tritt.

3.

§ 5 Abs.1 erhält folgende Neufassung:

Der Verwaltungsrat setzt sich aus den amtierenden Bürgermeistern/Bürgermeisterinnen/Oberbürgermeistern/Oberbürgermeisterinnen einer jeden Anstaltsträgerin zusammen. Alternativ kann ein anderes Mitglied des Gemeindevorstandes/Magistrats, dem der Aufgabenbereich der Holzvermarktung als eigener Geschäftsbereich im Gemeindevorstand/Magistrat gemäß §70 Abs.1 Satz 3 HGO durch den Bürgermeister/Oberbürgermeister(-in) zugeteilt worden ist, dem Verwaltungsrat angehören. Die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder entspricht der Anzahl der Anstaltsträgerinnen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden von ihren Stellvertretern im Amt vertreten.

4.

Drucksache 11/0155/1

§ 7 Abs.5 erhält folgende Neufassung:

Für Beschlüsse des Verwaltungsrats gilt § 54 HGO entsprechend, mit Ausnahme der Beschlüsse, die gemäß §29b Abs. 6 Satz 2 KGG der Zustimmung aller Anstaltsträgerinnen bedürfen.

5.

§ 8 Abs.1 erhält folgende Neufassung:

Die Wirtschaft der Anstalt ist im Rahmen der Vermögensverwaltung der Forstflächen ihrer Trägerinnen und des in der Präambel dargestellten öffentlichen Zwecks so zu planen und zu führen, dass die sparsame, stetige und wirtschaftliche Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.

§ 121 Abs. 7, Abs. 8 HGO gelten entsprechend.

6.

§ 8 Abs.3 erhält folgende Neufassung:

Der Vorstand hat den Jahresabschluss nach § 112 HGO innerhalb von vier Monaten nach dem Ende des Wirtschaftsjahres aufzustellen und dem Verwaltungsrat zur Feststellung vorzulegen.

Der Jahresabschluss ist vom Vorstand unter Angabe des Datums zu unterzeichnen.

7.

§ 9 Abs.1 erhält folgende Neufassung:

Für die Aufgabenerfüllung haben die Anstaltsträgerinnen die notwendigen Kosten zu erstatten.

Hierfür werden für die Aufgaben des Holzkontors die Kosten wie folgt aufgegliedert und verteilt:

1. 50% gemäß der Verteilung der kommunalen Forstbetriebsflächen gemäß der aktuellen Forsteinrichtungen der jeweiligen Forstbetriebe.

2. 50% gemäß der vermarkteten Festmeter Holz.

Die Festlegungen erfolgen gemäß eines vom Vorstand aufzustellenden Wirtschaftsplanes und werden im Folgejahr im Ist abgerechnet.

8.

§9 Abs.2 erhält folgende Neufassung:

Überschüsse und Fehlbeträge werden grundsätzlich in das folgende Wirtschaftsjahr vorgetragen und sind dort auszugleichen. Ist der Ausgleich von Fehlbeträgen nicht möglich, kann der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Vorstandes eine zu erhebende Umlage von den Anstaltsträgerinnen festsetzen, wobei der Schlüssel nach Abs.1 anzuwenden ist.

9.

§ 11 Abs.5 erhält folgende Neufassung:

Der ausscheidenden Anstaltsträgerin steht ein Abfindungsanspruch zu, der sich nach den von ihr gehaltenen Anteilen gemäß § 1 Abs. 4 dieser Satzung am Stammkapital bemisst.

10.

§ 13 erhält folgende Neufassung:

Die öffentliche Bekanntmachung der Errichtung der Anstalt sowie der Gründungssatzung und von Änderungen der Satzung erfolgt in den jeweiligen Bekanntmachungsorganen der Anstaltsträgerinnen.

Sonstige öffentliche Bekanntmachungen der Anstalt erfolgen durch Veröffentlichung im „Darmstädter Echo“ und in der „Offenbach Post“.

11.

§ 1 Abs.3 wird ergänzt um folgende Anstaltsträgerinnen:

Stadt Bruchköbel
Stadt Hanau
Stadt Maintal
Stadt Offenbach am Main
Gemeinde Schöneck (Hessen)

12.

§ 2 wird erweitert um:

(2) Die Anstalt kann privatwaldbesitzenden Dritten eine Holzvermarktung als Leistung zur Bewirtschaftung des Waldes im Sinne des § 21a Abs. 1 HWaldG anbieten, soweit diese Leistungserbringung am Gesamtumsatz der AöR nur einen untergeordneten Teil einnimmt.

3. Die Satzung mit den erfolgten Änderungen wird beschlossen. Sie ist als Anlage beigefügt.

Sachverhalt:

Mit Stadtverordnetenbeschluss vom 11. April 2019 wurde beschlossen, gemeinsam mit anderen Städten und Gemeinden eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) mit dem Namen **Holzkontor Darmstadt-Dieburg-Offenbach** zu gründen.

Die Anstaltssatzung der gegründeten AöR wird nun im Wesentlichen dahingehend geändert, dass fünf neue Kommunen als Anstaltsträgerinnen aufgenommen werden, womit eine entsprechende Anpassung der Stammkapitaleinlage einhergeht. Weiterhin wird die Vermarktung von Rundholz für Dritte ermöglicht, sofern die Leistungserbringung am Gesamtumsatz der AöR nur einen untergeordneten Teil einnimmt. Beide Maßnahmen verbessern die Wirtschaftlichkeit der AöR.

Die geänderte Satzung wird unter Punkt 3. der Beschlussfassung beschlossen. Die geänderte Satzung ist als Anlage beigefügt.

Finanzierung:

Evtl. anfallende Kosten können aus dem Budget gedeckt werden.

Der Sachverhalt wurde am 2. November 2021 im Magistrat beraten.

Ralf Möller
Bürgermeister

Anlage:

Satzung mit den erfolgten Änderungen (10 Seiten)